

10 Mauretanien

10.1 Kurzbeschreibung des Landes

Mauretanien ist mit 2,6 Millionen Einwohnern ein höchst dünn besiedeltes Sahelland. Zu 90% aus Wüste oder Halbwüste bestehend, welche lediglich durch nomadische Tierhaltung nutzbar ist, stehen nur 0,5% des Landes zur landwirtschaftlichen Kultivierung zur Verfügung. Jedoch gehören die mauretanischen Küstengewässer zu den fischreichsten der Welt.

So ist der Fischereisektor mit einem Anteil von fast 50% an den Exporteinnahmen zum wichtigsten Wirtschaftszweig geworden. Der zweite bedeutende Exportsektor mit fast ebenso hohen Exporteinnahmen ist der Eisenerzabbau. Damit ist das Land sehr stark von Weltmarktpreisschwankungen abhängig. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen Mauretaniens beträgt 380 US\$ im Jahr.

Zurzeit der Unabhängigkeit 1960 bestand die Bevölkerung hauptsächlich aus Nomaden; nur 5% lebten in Städten. Besonders innerhalb der letzten 10 Jahre setzte allerdings eine starke Verstädterung ein, sodass inzwischen über die Hälfte der Menschen in Städten lebt.

Seit 1992 führt die mauretanische Regierung mit Weltbank und IWF diverse Strukturreformen durch, welche zu einer strikteren Haushaltspolitik, Privatisierungen, Liberalisierungen und zu einem Rückzug des Staates aus den produktiven Sektoren geführt haben.

10.2 Programme mit IFIs

Der IWF bewilligte im Juli 1999 ein ESAF-Programm im Wert von insgesamt 54 Millionen US \$, das im September 1999 in ein PRGF-Programm umgewandelt wurde.

Derzeit aktive Projekte der Weltbank sind

- ein Urban Development Programm für 70 Millionen US\$;
- zwei Fiscal Reform Support Credit Projekte für insgesamt 48 Millionen US\$;
- ein Bildungssektorentwicklungsprogramm für 49,2 Millionen US\$;
- ein Kredit zum Management öffentlicher Ressourcen für insgesamt 20 Millionen US\$,

sowie u.a. Projekte zur Privatisierung des Post- und Telekommunikationssektors und des Wasser- und Elektrizitätssektors, zur Finanzierung eines "Global Distance Learning Centers" und schließlich ein Projekt zur Wiederbelebung des Kulturerbes.

Insgesamt sind Informationen zu den IFI-Aktivitäten in Mauretanien nur recht spärlich zugänglich: Die Ende 2001 vollendete *Country Assistance Strategy* Mauretaniens ist nicht öffentlich, es lässt sich auch keine OED-Evaluierung der Weltbankarbeit im Land finden, teilweise sind weiter gehende Informationen zu den oben genannten Projekten und Programmen nicht über die Website der Bank verfügbar.

10.3 Mauretanien in der HIPC-Initiative

Mauretanien hofft den *Completion Point* der HIPC-Initiative Ende Juni 2002 zu erreichen. Über den Schuldenstand von Mauretanien liegen unterschiedliche Daten vor. Im *Decision Point Document* von 2000 wird für 1998 ein Nominalwert von 2,135 Mrd. US\$ angegeben - entspricht 1,615 Mrd. US\$ NPV. Die Angaben aus dem *Global Development Finance*-Bericht (GDF) der Weltbank sind widersprüchlich: Im GDF ist für 1998 ein Wert von 2,589 Mrd. US\$ aufgeführt, der 1999 auf 2,072 Mrd. gefallen ist. Hingegen steigt der Gegenwartswert (NPV) für diese Zeit an: Von 1998 1,423 Mrd. US\$ NPV auf 1,567 Mrd. für 1999.

Durch HIPC werden Mauretanien Schulden in Höhe von insgesamt 622 Mio. US\$ NPV erlassen, nominal 1,100 Mrd. US\$. Die Reduktion bringt den Schuldenstand von 1,251 Mrd. (2001) auf 612,1 Mio. (2002), wobei für danach von einem leichten aber stetigen Anstieg ausgegangen wird.

Über den bisher geleisteten Schuldendienst von Mauretanien liegen wenig Informationen vor. Im "Status of Implementation" Bericht (26.9.01, Tab. 8) wird für die Zeit von 1994-99 ein Durchschnittswert von 102,1 Mio. US\$ angegeben, der sich ab 2000 für die nächsten 10 Jahre durchschnittlich auf 55,5 Mio. US\$ absenken soll. Im PRSP ist von einer Reduzierung der Schuldendienstlast von 79,9 Mio. US\$ (2000) auf 42,5 Millionen im Jahr 2004 die Rede.

Laut *Decision Point Document* (2000) wird der Wert danach wieder leicht ansteigen, mit einem Durchschnittswert für 2008-2017 von 47,3 Mio. US\$. Weltbank und IWF gehen von einer jährlichen Entlastung in Höhe von 36 Mio. US\$ durch den Schuldenerlass für die nächsten 10 Jahre aus (Presseerklärung 10.2.2000), die damit für die Armutsbekämpfung zur Verfügung stehen könnten.

Einhergehend mit der Reduktion der fälligen Zahlungen sinken die Werte der Verschuldungsindikatoren ab: Schuldendienst zu Exporten von 24% (1999) auf 8% (2005), zu den Staatseinnahmen von 35% (1999) auf 8% (2005) und zum BIP von 10% (1999) auf 3% für 2005.

Die Debt Sustainability Analysis für Mauretanien setzt ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5,2% bis 2007 voraus. Von 2008 bis 2017 soll der Wert auf 5,8% anwachsen. Die Exporteinnahmen sollen in den nächsten Jahren durchschnittlich um 2,8%. Zum Vergleich: Zwischen 1989-1999 stieg das BIP im Schnitt um 3,8%, die Exporte um 0,6%.

10.4 Entstehungsprozess

Das mauretanische PRSP wurde im Dezember 2000 fertig gestellt. Obwohl die mauretanische Regierung vor der Ausarbeitung des PRSPs über wenig Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verfügte, habe sich der Prozess laut Einschätzung der IFIs sehr partizipativ gestaltet: "From the start, the preparation of the PRSP has been characterized by strong government ownership and broad consultations" (JSA S. 2).

Der Prozess der Ausarbeitung des Papiers begann im November 1999 mit der Etablierung des "Comité Interministeriel de la lutte contre la pauvreté", dessen Vorsitz der Premierminister innehatte und dessen Organisation der Wirtschaftsminister übernahm und das laut PRSP in ständiger Konsultation mit dem zuvor gegründeten Menschenrechts- und Armutsbekämpfungskommissariat stand.

Der PRSP-Entwurf wurde während zweier Seminare im September und November 2000 Vertretern von Nichtregierungsorganisationen vorgestellt. Des Weiteren wurden Ende November vier interre-

gionale Konsultationen mit politischen Vertretern von der lokalen Ebene, Vertretern der Zivilgesellschaft und internationalen Gebern veranstaltet. Schließlich wurde das PRSP in seiner Endform im Dezember 2000 mit Parlamentariern, Bürgermeister, Gewerkschaften und NGOs und Gebern diskutiert (PRSP S. 3).

Die IFIs heben hervor, dass sich auch durch den Prozess *selbst* Nichtregierungsorganisationen erst formiert hätten. Die bedeutende Rolle der Zivilgesellschaft hätte insbesondere in ihrem Beitrag zu sozialen Themen gelegen, nicht in Hinsicht auf makroökonomische Wirtschaftspolitik. Alles in allem relativieren die IFIs ihre positive Einschätzung der Beteiligung am Prozess aber wieder: "Overall, the process of building broad ownership of the strategy has been extensive, but could have been more participatory" (JSA S.39). Indes fällt es schwer den Prozess aus zivilgesellschaftlicher Sicht zu reflektieren, da sich so gut wie keine Stellungnahmen von NGOs finden lassen.

10.5 Armutsanalyse und –ziele der Strategie

Die Armutsanalyse des mauretanischen PRSP basiert auf zwei Umfragen, die allerdings bereits aus den Jahren 1990 und 1996 stammen. Danach lebt die Hälfte der mauretanischen Bevölkerung in Armut, womit sich die Anzahl der als arm eingestuften von 1990 (56%) zu 1996 (50%) verringerte. Deutlicher ist der Anteil der in extremer Armut lebenden Bevölkerung in diesen Jahren zurückgegangen: von 44,7% (1990) auf 32,6% (1996). Armut ist ein überwiegend ländliches Phänomen: über drei Viertel der Armen leben auf dem Land. Dabei gibt es auch innerhalb der ländlichen Gebiete erhebliche Disparitäten.

So weisen am Wasser gelegene ländliche Gebiete eine Armutsrate von 60,2% auf; während sie in den ariden Zonen bei über 71% liegt. Große Armutsunterschiede gibt es auch zwischen den verschiedenen Städten, wobei die Hauptstadt Nouakchott mit 20,6% die niedrigste Armutsrate aufweist. Außerdem kamen beide Umfragen zu dem Ergebnis, dass Armut in Haushalten mit weiblichem Familienvorstand höher liegt. Ziel des PRSP ist es, bis zum Jahr 2010 den Anteil der in Armut lebenden Menschen auf 27% der Bevölkerung und bis zum Jahr 2015 auf 17% der Bevölkerung zu senken; wobei bis zu diesem Jahr die ländliche Armut halbiert werden soll.

Die Nettoeinschulungsrate hat vom Jahr 1989 zum Jahr 1999 einen beträchtlichen Quantitätssprung gemacht (von 45% auf 86%; davon 81% Mädchen und 87,6% Jungen). Doch nur die Hälfte der Mädchen erreicht das 6. Schuljahr und nur 15% eine höhere Ausbildung. Von 1990 bis 1996 fiel die Zahl der Analphabeten von 61,1% auf 42%. Das PRSP hat sich nun das ehrgeizige Ziel gesetzt, bereits im Jahr 2004 *alle* mauretanischen Kinder einzuschulen und das Analphabetismus bis 2015 zu besiegen.

Auch im Gesundheitsbereich wurden im letzten Jahrzehnt deutliche Fortschritte erreicht: In den Jahren 1990 bis 98 erhöhte sich die Lebenserwartung von 47 auf 54 Jahre, die Säuglingssterblichkeitsrate sank, HIV/ AIDS blieb konstant bei 0,5%. Entsprechend ehrgeizig lesen sich die Ziele für diesen Bereich: bis 2015 soll ein universeller Zugang zu gesundheitlicher Grundversorgung Gewähr leistet sein, die Säuglingssterblichkeit auf 40 von 1000 und die Kindersterblichkeit auf 55 pro 1000 reduziert werden.

Die Trinkwasserversorgung bleibt jedoch ein zentrales Problem; nur in 60% aller Ortschaften befindet sich eine Wasserstelle. Laut PRSP soll nun für jedes 500 Einwohner zählende Dorf eine Wasserstelle zur Verfügung gestellt werden. Wirtschaftliches Wachstum ist laut PRSP die Grundvoraussetzung für Armutsreduzierung. Mittelfristig erwartet man jährliche Wachstumsraten von 6%.

Es wird betont, dass die positive Wirkung des Wirtschaftswachstums auf die Armutsbekämpfung umso stärker ist, je gleichere die Gesellschaft ist. In diesem Zusammenhang enthält das PRSP ein Ziel für die Entwicklung des Gini-Koeffizienten: Dieser soll sich von 0,38% 1996 auf 35,3 2004 und 32,4 2015 verbessern, vor allem über Maßnahmen im Steuersystem. (Nach den Informationen des PRSP hat er sich zwischen 1990 und 1996 0,5% bereits auf 0,38% verbessert).

78% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, 8% in der Viehzucht; beide Sektoren tragen zusammen aber nur zu 20% des BIP bei. Mindestens die Hälfte dieser Bevölkerungsgruppe ist von Unterbeschäftigung betroffen. Als Hindernisse für landwirtschaftliche Entwicklung werden vor allem begrenzte Bewässerungsmöglichkeiten, mangelnder Zugang zu Land und Krediten, schlechte Infrastruktur und Forschung, die geringe Einbindung des Viehzuchtsektors in die formelle Wirtschaft sowie die geringe Größe des Binnenmarktes genannt.

Durch die wirtschaftlichen Unsicherheiten auf dem Land hat eine intensive Verstädterung eingesetzt, sodass heute 55% der mauretanischen Bevölkerung in Städten lebt. Hier wird der Anteil des informellen Sektors auf 70% des städtischen Arbeitsmarktes geschätzt. Als Haupthindernisse für die Erhöhung der städtischen Arbeitsproduktivität werden die unsicheren Armensiedlungen, der mangelhafte Zugang zu sozialen Sicherungs- und Finanzierungssystemen sowie mangelnde Arbeitsqualifikationen und technische Ausstattung genannt.

Vier Aktionsfelder sind für die Umsetzung der Ziele vorgesehen:

- Intensiviertes und redistributives Wachstum;
- Stärkung von Wachstumspotenzialen und der Produktivität der Armen;
- Förderung von Humankapital, des Zugangs zu Infrastruktur und zu sozialen Diensten;
- Stärkung von institutionellen Kapazitäten und *Governance*.

10.5.1 Intensiviertes und redistributives Wachstum

Wachstum, Stabilitäts- und Strukturmaßnahmen im mauretanischen PRSP

Das **Wachstum des BIP** lag zwischen 1992 und 1999 bei durchschnittlich 4,4%, 1996, 1997 und 1998 allerdings nur bei rund 3%. Zwischen 2001 und 2004 wird ein durchschnittliches Wachstum von 6% (Pro Kopf: 3%) erwartet, an anderen Stellen des PRSP ist von 7% (4,4% pro-Kopf) die Rede (im Vergleich: das Pro-Kopf-Wachstum lag 1999 bei nur 1,2%). Für den Agrarsektor wird eine Steigerung der momentanen Wachstumsrate von 6,2% auf 10% ab 2004 erwartet.

Die Wachstumsziele sollen vor allem über die Unterstützung privatwirtschaftlicher Aktivität und über ein förderliches wirtschaftliches Umfeld für ausländische Investitionen erreicht werden. Die IFIs halten die optimistischen Wachstumserwartungen für erreichbar. „While ambitious, the staffs believe these growth rates could be achieved, if other elements of the strategy, aimed mainly at the efficiency of the public investment program and the success of ongoing structural reforms, are implemented.“ (JSA S. 6)

Mittelfristig soll das erhoffte höhere Wirtschaftswachstum von jährlich 6% durch folgende Strategien erreicht werden:

- Steigerung von ausländischen Direktinvestitionen im Bergbausektor, Ausbau des Eisenerzabbaus („to develop all of the potential of Mauretania’s mineral resources“), zwischen 2001 und 2004 um 17, 5%;
- Steigerung des Fischfangs um 3% jährlich;
- Ausbau traditioneller und nicht-traditioneller Agrarexporte, Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft;
- Ausbau öffentlicher Investitionsprogramme (*public works*), speziell im Infrastrukturbereich um 9%,
- Ausweitung des Dienstleistungssektors.

Insgesamt wird von einer Ausweitung der Investitionstätigkeit von 17,5% des BIP 1999 auf 28,9% 2001 und 26,7% 2004 ausgegangen, wobei der Anteil der privaten Investitionen stärker steigen soll als der Anteil der öffentlichen.

Das PRSP betont, dass langfristig gesehen das prognostizierte Wirtschaftswachstum und die Verbesserung der Zahlungsbilanz nur möglich ist, wenn es gelingt, die Exportbasis zu diversifizieren und neue komparative Vorteile zu finden.

Wie ernsthaft das gemeint ist, wird daran deutlich, dass an erster Stelle der “neuen” Wachstumsstrategien im PRSP der Ausbau der beiden “alten” Hauptexportbranchen Bergbau und Fischerei genannt werden. So heißt es dort: “In the **mining sector**, the objective is to develop all of the potential of Mauretania’s mineral resources.“ (PRSP S. 20) So erwähnt die Weltbank in ihrer Projektbeschreibung für das „*Mauritania-Mining Sector Capacity Building*“ -Projekt, von 1999, dass kürzlich neue Gold und Diamantenvorkommen entdeckt worden sind.

Im Rahmen dieses 17 Millionen US-Dollar teuren IDA-Projektes sollen jetzt verstärkt ausländische Direktinvestitionen ins Land geholt werden und alle noch existierenden Hindernisse für privates Engagement im Bergbausektor beseitigt werden. (WB 1999a) Anreize für ausländische Investoren wurden bereits durch den *Investment Code* von 1999 über die Vereinfachung der Prozeduren für die Bergbauerschließung sowie durch steuerliche Vergünstigungen geschaffen. Innerhalb eines Jahres wurden daraufhin 46 neue Lizenzen vergeben. Dennoch spielt der staatliche Eisenerzproduzent SNIM noch immer eine starke Rolle im Bergbausektor. Während Steuerfreiheiten für staatliche Unternehmen als Teil der IWF-Konditionalitäten abgeschafft wurden, ist die Eisenerzgewinnung von SNIM noch von dieser Regelung ausgeschlossen. (IWF 1999)

Der Eisenerzexport nach Europa soll ausgebaut werden, indem die Produktion sowie die Produktivität in der gesamten Exportkette (Gewinnung, Häfen, Eisenbahnen) gesteigert wird. Offensichtlich haben sich die Weltmarktpreise verschlechtert: So zeigen die Handelsstatistiken von Mauretanien, dass sich die Exportmenge in den letzten Jahre kaum verringert hat, die Exporteinnahmen aber deutlich zurückgegangen sind (vgl. IWF 2000). Vor diesem Hintergrund ist nicht sicher, von wie starken Zunahmen bei den Exporteinnahmen über eine Ausweitung der Produktion ausgegangen werden kann.

Auch im Fischereisektor sind die Exporteinnahmen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen (von 261 Mio. US\$ (1995) auf 164 Mio. US\$ (2000)) (IWF 2000, WB 2001). Ein grundlegendes wirtschaftliches wie ökologisches Problem ist die zunehmende Überfischung der Gewässer vor

allem auch durch die steigende Zahl ausländischer Fischer. (s. Kapitel „Devisen gegen Fisch“)

Im **Fischereisektor** möchte die Regierung ein verbessertes Ressourcenmanagement betreiben. Für die industrielle Fischerei ist eine verstärkte lokale Verarbeitung von Fischprodukten vorgesehen („change the country's specialization by enhancing the value chain position“ PRSP S. 21), wobei auch für diesen Bereich ausländische Direktinvestitionen gewonnen werden sollen. In diesem Kontext ist außerdem an den Ausbau von Häfen und Werkstätten gedacht.

Wenn von Diversifizierung die Rede ist, so scheinen damit also in erster Linie Maßnahmen *innerhalb* der traditionellen Exportbranchen selbst gemeint: „... diversifying products, technologies and partners.“(PRSP S. 20) So ist z.B. geplant, ungenutzte Exportpotenziale im Bereich von Landwirtschaft und Viehzuchtprodukten stärker zu nutzen. Durch ein verstärktes ausländisches Privatsektorengagement soll ein erhöhter Export von Fleisch- und Lederprodukten sowie von Obst und Gemüse erreicht werden.

Andererseits soll aber auch auf Sektoren gesetzt werden, denen bisher weniger Beachtung geschenkt wurde, so die Tourismusbranche. Der gegenwärtig in der Regierung diskutierte *Comprehensive Plan for Tourism Development* setzt vor allem auf Kulturerbe in der Sahara-Region und Naturtourismus – auch dies durch höhere nationale und ausländische Investitionen.

Makroökonomischer Rahmen

Seit Beginn der Strukturanpassungspolitik 1992 wurde das Haushaltsdefizit Mauretaniens stark verringert: während es 1993 (ohne Einberechnung von ODA) bei 9,8% des BIP lag, so war von 1996-1999 eine positive **Haushaltsbilanz** zu verzeichnen. Angesichts der steigenden Ausgaben im Rahmen der Armutsbekämpfung wird für das Jahr 2001 ein Defizit von 1,5% des BIP und für 2002 bis 2004 ein durchschnittliches Defizit von 3% erwartet. Ohne die für die Armutsreduzierungsmaßnahmen geplanten Ausgaben würde sich die Haushaltsbilanz laut PRSP weiter im positiven Bereich bewegen.

Dabei denken die IFIs unter bestimmten Bedingungen sogar an eine weitere Lockerung der Vorgaben: "While the paper proposes the sensible but cautious policy of maintaining the budget balance (excluding HIPC-Expenditures) at a slightly positive level in 2001-04, the staffs consider that further relaxation of fiscal policy could be accommodated if additional concessional financing can be secured and public resources managed efficiently." (JSA S. 7) Auch die **Inflationsrate** stabilisierte sich auf 4% und soll mittelfristig unter 3% liegen (an einer anderen Stelle des PRSP ist von 2,4-2,6% zwischen 2004 und 2010 die Rede).

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Steuereinnahmen (trotz der geplanten teilweisen Steuerensenkungen) mittelfristig erhöhen werden und zwar auf Grund der Ausweitung der Steuerbasis und höherer Einnahmen, welche von der staatlichen *National Industry and Mining Company* (SNIM) erwartet werden. Weitere, nichtsteuerliche Einnahmen werden durch Lizenzen und Straf-gelder in der Fischerei erwartet.

An erster Stelle der Prioritäten steht die mittelfristige Verbesserung der **Zahlungs- und der Leistungsbilanz**, vor allem durch die erhoffte Reduzierung der Faktorkosten über die geplanten Privatisierungen im Energie- und Telekommunikationsbereich sowie die Ausweitung der Exporte v.a. durch die Entwicklung der traditionellen Exportsektoren Eisenerz und Fisch, sowie durch die im Rahmen der HIPC-Initiative reduzierten Auslandsschulden. Allerdings werden auch höhere Importe erwartet, als Folge der erwarteten Investitionssteigerungen im Infrastruktur- und Dienstleis-

tungssektor und in den soziale Bereichen. Das Leistungsbilanzdefizit (ohne ODA) wird auf durchschnittlich 15% prognostiziert und das Zahlungsbilanzdefizit auf 8% des BIP. Die Akkumulation an ausländischen Devisenreserven soll dem durchschnittlichen Wert der Importe von sechs Monaten entsprechen (mittlerweile auf den Wert von sieben Monaten angehoben).

Förderung des Privatsektors und ausländischer Direktinvestitionen

Durch das gesamte Strategiepapier (vor allem aber in den Abschnitten zu Wachstum) zieht sich als zentrales Ziel, die Entwicklung eines dynamischen Privatsektors fördern und die Wirtschaft attraktiver für ausländische Investitionen machen zu wollen. Hindernisse auf diesem Weg sieht das PRSP vor allem in der oligopolistischen Organisation des Marktes, was unter anderem kleine Unternehmen benachteiligt, in der geringen Größe des einheimischen Marktes sowie in den Mängeln des Mikrokreditsystems, der Rechtssprechung und des zu komplizierten Steuersystems.

Ausgehend von dieser Analyse sieht das PRSP folgende Maßnahmen vor:

- Weitere Liberalisierung der produktiven Sektoren, im Infrastrukturbereich und im Finanzsektor (u.a. Öffnung des Bankensektors für ausländische Banken), sowie insgesamt ein noch stärkerer Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen;
- Reform des Rechtsrahmens und Umsetzung verschiedener bereits 1999 beschlossener Handelsgesetze (*business law codes*), um privatwirtschaftliche Aktivität (einheimische und ADI) zu befördern;
- die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (dieses Ziel wird über die einmalige Erwähnung hinaus im PRSP nicht ausführlicher behandelt);
- Fortsetzung der begonnenen Steuerreform mit dem Ziel Steuern im Privatsektor zu senken und zu vereinfachen, die Steuerbasis zu erweitern und gleicher zu gestalten.

Privatisierung im Infrastrukturbereich

Über die oben genannten Strukturreformen zur Förderung des Privatsektors hinaus, sind umfassende Privatisierungen im Energie-, Telekommunikation-, Transport- und Wassersektor vorgesehen, deren Umsetzung über eine Reihe von Weltbankkrediten finanziert wird. Vorgesehen sind Ausbau und (teilweise) Privatisierung des Flughafens, des Straßennetzes und der Häfen. Bei Öl und Gas könnte die weitere Liberalisierung laut PRSP allerdings zu höheren Preisen führen.

Die Privatisierung der parastaatlichen Gesellschaft SOMELEC, die bisher das Monopol für die Herstellung, den Transport und die Verteilung von Strom und Wasser im ganzen Land hatte, soll noch bis April 2002 abgeschlossen werden. Dabei handelt es sich um eine der Auflagen, die das Land im Rahmen des HIPC-Completion Point-Prozesses umzusetzen hat. Die Durchführung dieser Konditionalität wird durch mehrere Projektkredite der Weltbank abgedeckt, u. a. durch den 18 Mio. US\$-Kredit für das *Mauritania-Power-Water Sector Reform Project* vom Mai 2000. (Was aber auch bedeutet, dass dieses Vorgehen für das Land kostspielig ist und den Schuldenstand weiter ansteigen lässt).

Laut Weltbank verspricht man sich von der Maßnahme niedrigere Preise und eine bessere Versorgung des Landes mit Wasser und Elektrizität. Erst einmal bedeutet es aber, dass die lokale Bevölkerung in den Bau und die Erhaltung von Wasserstellen einbezogen und über Gebühren an den

Kosten der Versorgung beteiligt werden wird. („This strategy consists of intimately involving the villagers in the construction of water supply and sanitation systems and entrusting them the operation and maintenance (O&M) of those systems through an adequate training. The investment would be funded by the Government. The villagers would contribute in kind. O&M costs as well as part of the equipment renewal would be at the charge of the villagers.“ (WB 2000b).

Auch im Telekommunikationssektor sind Privatisierungsreformen bereits eingeleitet. Darüber hinaus sollen Anreize zur Nutzung neuer Technologien geschaffen werden, unter anderem über die Aufhebung von Einfuhrzöllen auf den Import von Informationstechnologien. Im Februar 2001 wurde der marokkanische Konzern *Maroc Telekom* Teilhaber des mauretanischen, einst staatlichen Telekommunikationsanbieter Mauritel (Nouakchott Info). Auch die geplanten Privatisierungen des Post- und Telekommunikationssektors werden durch ein IDA-Projekt der Weltbank in Höhe von 10,8 Millionen US\$ unterstützt.

Doch wie in einer Reihe der anderen Länder dieser Untersuchung verläuft die Politik der Privatisierungen auch in Mauretanien nicht ohne Proteste: So streikten beispielsweise im Mai 2001 die Piloten der Air Mauritanie gegen die geplanten Entlassungen im Zuge der Privatisierung (Nouakchott Info).

Steuerreform

Im PRSP wird betont, wie wichtig die Umsetzung der geplanten steuerpolitischen Maßnahmen für die Erreichung der gesetzten Ziele ist. Die erste Phase der Steuerreform wurde bereits 1995 beschlossen und dabei eine Mehrwertsteuer eingeführt; Exportsteuern für Fisch abgeschafft und ein Ressourcenmanagementsystem in diesem Bereich entwickelt (Zugangsrechte für Tiefseefischerei und Lizenzen). Ebenso wurden Importmengensteuern, Kopfsteuern und Statistiksteuern stark gesenkt. Klein- und Mittelunternehmen werden nach Angaben des PRSP vor Großbetrieben steuerlich begünstigt.

Eine zweite Phase der Steuerreform soll ab 2001 in Kraft treten, wobei u. a die Unternehmenssteuer (*corpotate tax*) von 35 auf 25% gesenkt werden soll (LOI), und die verschiedenen existierenden Vermögenssteuern vereinfacht werden sollen. Die damit zusammenhängenden erwarteten Steuermindereinnahmen sollen durch Effizienzsteigerungen in der Steuereintreibung ausgeglichen werden (WB 2000a).

Weiterhin möchte die Regierung auch ihr Körperschafts- und Personensteuersystem mit denen der benachbarten Länder harmonisieren, sowie einer besseren Koordinierung mit der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion WAEMU erreichen und ihre Zölle an deren gemeinsamen Außenzolltarif angleichen. (WB 2000a)⁶⁸

10.5.2 Stärkung der Einkommensmöglichkeiten der Armen

Im PRSP wird problematisiert, dass die beschriebenen Strategien zur Wachstumssteigerung, vor allem im Bergbau und in der Industriefischerei keinen sofortigen (bzw. einen nur indirekten) Nutzen für die arme Bevölkerung bringen. Von einem, wenn auch nur begrenztem, *Spillover* sei nur in den größten Städten auszugehen.

⁶⁸ Unterstützt werden die genannten steuerpolitischen Vorhaben durch die "Mauretania Fiscal Reform Support Operation" der Weltbank (FRSO) mit 30 Millionen US\$ zu IDA-Bedingungen seit Juni 2000 und dem zusätzlichen FRSO-Kredit vom Dezember 2000 im Wert von 18 Millionen US\$, mit dem darüber hinaus negative Effekte des Ölpreisschocks ausgeglichen und ein Anstieg der Transport- und Energiekosten vermieden werden sollen (WB 2000c).

Positive Auswirkungen der im 1. Teil der Strategie genannten Strukturreformen für die Armutsbekämpfung wären daher eher indirekter Natur: über höhere Staatseinnahmen und die damit bestehende Möglichkeit der Umverteilung. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit proklamiert, die direkte Teilhabe der Armen am Wachstum erhöhen zu müssen: "anchoring growth in the economic environment of the poor".

Im PRSP wird dieses Ziel folgendermaßen konkretisiert:

- Steigerung des Wachstums in der Landwirtschaft und der Viehzucht, besonders in den am stärksten von Armut betroffenen Gegenden und Bereichen;
- Entwicklung der städtischen ökonomischen und sozialen Infrastruktur;
- Einkommensschaffende Maßnahmen, Förderung von Klein- und Mittelunternehmen, von Mikrokrediten und Ausbildung (*vocational trainings*).

Ländliche Entwicklung

Viehzucht hat einen Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion von 80% und am BIP von 15%. Mauretanien produziert mehr Fleisch, als es zum eigenen Verbrauch benötigt. Als problematisch beschreibt das PRSP die schlechte Integration des Sektors in die Wirtschaft und seine mangelnde Strukturierung, so z.B. wenig Arrangements, um Nebenprodukte wie Milch effektiv zu nutzen. Prioritäre Interventionen in diesem Bereich sind unter anderem ein Wasser- und Gesundheitsprogramm, Fördermaßnahmen für die Fleischindustrie und von Konservierungssystemen sowie die Unterstützung der Produktion von Milch und Milchprodukten.

Daneben soll die Bewässerungslandwirtschaft wettbewerbsfähiger gestaltet werden, wobei die Entwicklung des Reissektors im Strategiepaper Priorität hat, da sich die einheimischen Reisbauern als Folge der Öffnung der Wirtschaft heute wachsender Konkurrenz ausgesetzt sehen. Maßnahmen in diesem Bereich sollen beispielsweise der Ausbau der nötigen Infrastruktur für Reisanbau und - Lagerung, Kostenreduktionen durch günstigere und bessere Inputs, Marketingunterstützung, Kredite und Ausbau des Landpacht systems sein.

Damit wird an dieser Stelle immerhin indirekt auf ein Zielkonflikt zwischen geplanten - bzw. bereits begonnenen - Strukturreformen und Zielen der Armutsbekämpfung hingewiesen (Auswirkungen von Handelsliberalisierungsschritten auf einheimische Produzenten) und probiert, diesen mit speziellen Fördermaßnahmen zu begegnen. Allerdings ist in den im Anhang genannten prioritären Aufgaben nicht mehr von Aktivitäten zum besseren Kreditzugang die Rede.

Für die Ertragsteigerung von traditionellen *food crops* sind die Förderung von Technologieanwendungen, Trainings- und Forschungsprogramme vorgesehen. Die Gründung von Getreidebanken und Marketingunternehmen, welche Produkte in den Städten verkaufen, sowie der Bau von 10-15 Dämmen bis 2004 sind weitere vorgesehene Maßnahmen in diesem Bereich. Spezielle Beachtung soll dem Anbau von Gummi zukommen, Privatinvestitionen in diesem Bereich sollen gefördert werden.

Große Fortschritte erhofft sich die Regierung im arbeitsintensiven Ausbau der ländlichen Infrastruktur, was bereits Teil von verschiedenen Programmen ist. Auch Umweltprogramme wie die Förderung von Bewaldung und Oasenentwicklung finden sich in der Strategie zur ländlichen Entwicklung und den dafür vorgesehenen Kostenaufstellungen wieder. Auf organisatorisch-institutioneller Ebene liegt der Schwerpunkt auf der Verbesserung des regulativen Rahmens für Bauernor-

ganisationen, dem Zugang zu Land und Krediten sowie der Stärkung von Forschung und statistischen Erhebungen.

Zur Gewährleistung der Ernährungssicherung plant die Regierung u.a. die Etablierung eines Frühwarnsystems und Mechanismen zur schnellen Reaktion bei Hungersnöten, sowie ein verbessertes Lagerungsmanagement. In der Auflistung der Kostenberechnung für die prioritären Aufgaben tauchen diese Pläne allerdings nicht mehr auf.

Das PRSP hofft darüber hinaus - neben der Entwicklung des industriellen Fischfangs – auf den Ausbau des so genannten „nicht-industriellen“ Fischfangs (die Rede ist auch von „artisanal and coastal fishing“). Davon werden sowohl positive Effekte für die Einkommen der Bevölkerung als auch für die Ernährungssicherung erwartet. Ein Zehn-Jahres-Programm sieht u. a. berufsbildende Maßnahmen, den Ausbau von Häfen für nicht-industrielles Fischen sowie Kreditprogramme und Anreize zur effektiveren Verteilung von Fischereiprodukten im Inland vor.

Städtische Entwicklung

80% der städtischen Bevölkerung Mauretaniens lebt in den beiden größten Städten Nouakchott und Nouadhibou. Dieser Bevölkerungskonzentration soll entgegengewirkt werden, indem regionale „Hauptstädte“ geschaffen werden sollen. Des Weiteren sollen die Armensiedlungen durch bessere sanitäre Ausstattung und Unterkunft sowie spezielle einkommensschaffende Maßnahmen in die Städte integriert werden.

Der Zugang zu Mikrokrediten soll ausgebaut werden (allerdings scheint es angesichts der im Anhang genannten prioritären Aufgaben nur noch um Mikrokredite für Wohnunterkünfte zu gehen, und nicht für produktive Aufgaben). Außerdem sollen städteplanerische Entscheidungen laut PRSP zukünftig mehr auf dezentraler Ebene getroffen werden. Die Umsetzung dieses Teils der Strategie wird durch das 30 Millionen IDA-Projekt zur städtischen Entwicklung unterstützt.

Kleine und mittlere Unternehmen, Beschäftigungsförderung

Spezielle Beschäftigungs- und KMU-Förderung gelten als die Eckpfeiler der *pro-poor growth*-Maßnahmen der Armutsstrategie Mauretaniens. Entsprechend gehört es zu den Prioritärmaßnahmen der Regierung, Mikrokreditsysteme und Ausbildungsprogramme (*vocational training programs*) auszuweiten sowie institutionelle Arrangements zur Organisation des Arbeitsmarktes unter besonderer Berücksichtigung der Integration junger Menschen und Frauen zu treffen.

Außerdem soll ein Intensivprogramm für Kleinunternehmen auf dem Land und in den Städten initiiert werden, wofür eine spezielle Behörde eingerichtet werden soll, die Hilfe wie Beratung, Schulung, Information und Finanzmittel zur Verfügung stehen soll.

Als Ziel wird formuliert, eine Integration von Kleinstunternehmen (*microenterprises*) in den modernen Sektor zu erreichen. Aus dem PSRP geht allerdings nicht überzeugend hervor, wie das erreicht werden soll. In der Aufstellung der prioritären Ausgaben im Anhang des PRSPs taucht dieser Punkt ebenfalls nicht mehr auf.

10.5.3 Entwicklung von Humankapital, Zugang zu Infrastruktur und Grunddiensten

Einschulungsquoten und Alphabetisierungsraten haben sich in den letzten Jahren stark verbessert; obwohl der Anteil der Bildungsausgaben am BIP im Zuge der Senkung der Lohnausgaben sogar leicht zurückging. Allerdings steht diesen Erfolgen ein stark negativer Trend bei den Abbruchraten entgegen: Die Quote derer, die die Grundschule beenden, fiel zwischen 1990 und 1999 von 74 auf

56,2%, im Sekundärbereich ähnlich hohe Abbruchraten zu verzeichnen sind. So beklagt die Regierung die „poor quality education and weak results in terms of the effectiveness of the system. (...) This wastage (...) raises the unit cost of a pupil graduating from secondary school“ (PRSP S. 33, 34).

Die Gesundheitsausgaben als Anteil am BIP blieben seit 1996 etwa gleich, jedoch konnte laut PRSP die Basisgesundheitsfürsorge von 30% der Bevölkerung im Jahr 1990 auf 70% 1998 erhöht werden. Trotz der vermehrten Ausbildung und Einstellung von medizinischem Fachpersonal, sind vor allem gesundheitliche Primärdienste bisher quantitativ und qualitativ nicht gedeckt.

Wie bereits erwähnt, sind die Ziele, die im PRSP für die Bereiche Bildung und Gesundheit gesetzt werden, außerordentlich hoch: Universeller Grundschulbesuch bis 2004, volle Alphabetisierung bis 2015 und universeller Zugang zu gesundheitlicher Grundversorgung. Kostenfreie Impfungen gegen die wichtigsten Krankheiten, verminderte Kosten für präventive Gesundheitsmaßnahmen, die Errichtung von Gesundheitsstationen (*health posts*) in allen Ortschaften mit mehr als 1500 Einwohnern sind Beispiele für die im PRSP verankerte Gesundheitsstrategie der Regierung.

Obwohl Mauretanien nach eigenen Angaben zu den süßwasserreichsten Ländern der Region gehört, konnte der Wasserbedarf mangels effizienten Wasserressourcenmanagements - besonders auf dem Land - bisher nicht gedeckt werden. Bei der Bereitstellung von Trinkwasser soll der Privatsektor zukünftig eine größere Rolle spielen. (In diesem Abschnitt des PRSP klingt es, als könnte damit eine Erhöhung der Kosten verbunden sein - „revision of the fee scale for potable water so that it better reflects its economic cost while at the same time affording access to the poorest strata...“ (PRSP, S. 39).

Das steht im Widerspruch zu den Aussagen der Weltbank, die von Preissenkungen als Folge der Privatisierungen ausgeht. Laut PRSP soll sich der Preis für Wasser in den *städtischen* Armen-siedlungen aber deutlich reduzieren. Momentan zahlt die dortige Bevölkerung fünf mal so viel für Trinkwasser wie es in anderen Gegenden kostet, ab 2010 soll der Preis nur noch bei 80% des Preises liegen, den das Wasser woanders kostet.) Des Weiteren plant die Regierung eine Agentur zu gründen, welche den universellen Zugang zu Elektrizität, Telekommunikation, Wasser, Sanitär-anlagen und zum Postdienst umsetzen soll.

10.5.4 Förderung der staatlichen und institutionellen Kapazitäten von governance

Auf diesen Pfeiler der Strategie wird hier nur kurz eingegangen. Laut PRSP sind die Stärkung und die Dezentralisierung des Rechtssystems geplant, der Zugang der armen Bevölkerung soll verbessert werden, in dem u. a. bestimmte Gebühren wegfallen sollen.

Die statistischen Erhebungen sowie die Kapazitäten ihrer Auswertung sollen verbessert werden. Die Planungs- und Überwachungskapazitäten (*programming and monitoring*) für die prioritären Sektoren sollen gestärkt werden, ergänzt durch ein transparenteres Management der öffentlichen Ausgaben. Des Weiteren sind Unterstützungsmaßnahmen für lokale Gruppen und NGOs geplant. In der Finanzplanung des PRSP sind für dieses vierte Aktionsfeld am wenigsten Mittel eingeplant.

10.6 Kosten und Finanzierung der Strategie

Die Kosten für die Ausgaben in den als prioritär eingestuften Bereichen werden sich laut PRSP in den ersten vier Jahren auf 282 Mio. US\$ belaufen. Davon werden 108 Mio. US\$ über die Einsparungen durch die HIPC-Initiative und weitere 54 Mio. US\$ aus dem regulären Haushalt finanziert werden. Es bleibt ein Betrag von 120 Millionen Dollar dessen Finanzierung noch offen ist. Die Gesamtkosten des *Public Investment Program* (inklusive der Ausgaben für die Prioritätsbereiche) werden aber auf 354 Mio. US\$ geschätzt. Zusammen mit eingeplanten Zahlungen zur Unterstützung der Zahlungsbilanz addiert sich der Finanzierungsbedarf auf 475 Mio. US\$ und damit auf eine Finanzierungslücke von insgesamt 314 Mio. US\$ (alles Angaben aus dem PRSP).

Die prioritären Armutsausgaben sollen sich im Zeitraum 2001-2004 folgendermaßen auf die vier Pfeiler der mauretanischen Strategie verteilen: ca. 10.400 Mio. UM für den Bereich „Accelerated and Redistributive Growth“, ca. 32.500 Mio. UM für den zweiten Bereich („Growth anchored in the economic development of the poor“), davon ca. 15.000 für die ländliche und 17.500 für die urbane Entwicklung. Für den dritten Pfeiler der Strategie („Development of Human Resources and Basic Social Services“) sind ca. 31.700 Mio. UM eingeplant, davon 16.200 für Bildung, 9.000 für Gesundheit und 6.500 für Wasser. Für die vierte Säule („Strengthening Government and Institution“) sind 1.330 Mio. UM vorgesehen.

Aus dem PRSP selbst geht nicht hervor, wie das genannte Finanzloch gestopft werden soll. Im JSA wird indes darauf verwiesen, dass sich das Land die Finanzierung der fehlenden Summe von den internationalen Gebern erhofft, die in der *Consultative Group* vereint sind. Auf ihrem Treffen im Dezember 2001 sagten diese dem Land zu, den fehlenden Betrag zu finanzieren, womit (sofern sich diese Zusage realisiert) keine Finanzierungslücke bestehen bleibt (WB 2001b). Leider sind noch keine Details der im Dezember gemachten Zusage der Geber öffentlich bekannt, sodass zurzeit wohl lediglich vorsichtiger Optimismus angebracht ist. (s. auch Abschnitt: „Devisen gegen Fisch“)

Im JSA wird kritisiert, dass die Regierung ihr *Public Investment Program* nicht in einen Mittelfristigen Finanzrahmen (*Medium Term Expenditure Framework*) integriert hat, was es erschwere, die Armutsbekämpfungsstrategie mit dem gesetzten makroökonomischen Rahmen zu vereinbaren. Im LOI der Regierung ist indes zu lesen, dass sie bis Frühjahr 2002 ein MTEF erarbeiten wird, das die Prioritätsbereiche Infrastruktur, ländliche Entwicklung und städtische Entwicklung einbeziehen soll.

Weiterhin fordern die IFIs die Regierung auf, innerhalb der vorgesehenen Maßnahmen stärkere Schwerpunkte zu setzen, was gerade dann von Bedeutung sein werde, wenn es zu unvorhergesehenen Schocks und damit verbundenen Finanzierungsengpässen kommt: "...while the staffs agree with the priorities set in the PRSP, there is a need for greater prioritization of the key public measures required for economic growth and poverty reduction. This would be useful, particularly in adapting the strategy in response to unexpected developments such as negative external shocks or a shortfall of financing." (JSA S. 7)

10.6.1 Niedrigeres Wachstum - höhere Einnahmen

Das für 2000 erwartete **Wachstum** von 5,6% fiel infolge der geringer als erwarteten Ausweitung des Bergbausektors mit 5,2% in der Tat geringer aus als im Strategiepapier angenommen. Auch für 2001 wird jetzt nur noch von 5,2% Wachstum ausgegangen. Auch die Inflationsrate von 2,8% wurde mit 5,2% auf Grund der gestiegenen Ölpreise deutlich verfehlt und soll nun mittelfristig bei

4% liegen. Das Ziel für die Höhe der internationalen Währungsreserven wurde hochgesetzt, sie sollen jetzt den Wert von sieben statt von sechs Monaten Importtätigkeit decken. Niedriger als erwartete Steuereinnahmen von der staatlichen Bergbau Gesellschaft SNIM, Ausfälle bei der Erdölsteuer und die durch niedrigere Importe geringeren Zolleinnahmen führten dazu, dass die Staatseinnahmen ebenfalls hinter den PRSP-Erwartungen zurückgeblieben sind.

10.6.2 Devisen gegen Fisch

Dennoch konnte die Regierung überraschend ein Haushaltsplus verzeichnen. Mauretanien unterzeichnete mit der EU im Jahr 2001 ein *Fischereiabkommen*, wonach es in der Zeit von August 2001 bis Juli 2006 Ausgleichszahlungen im Wert von 430 Mio. Euro erhalten wird, verglichen mit den Ausgleichszahlungen von 267 Mio. Euro im vorausgegangenen Abkommen.

Dies ist das größte einzelne Fischereiabkommen der EU mit einem Drittland. Durch die höheren Einnahmen aus den EU-Ausgleichszahlungen hätte die Haushaltsbalance (*excl. grants*) sogar vom prognostizierten Defizit von 1,4% des BIPs im Jahr 2001 auf ein Plus in Höhe von 1,9% erhöht werden können. Das zusätzliche Geld soll laut LOI in die Aufstockung der Devisenreserven fließen, aber auch stärker als ursprünglich eingeplant in die direkte Armutsbekämpfung. Damit möchte die Regierung die Ausgaben für die Armutsbekämpfung erhöhen, um die PRSP-Ziele für das Jahr zu erreichen. Für 2001 ist damit ein Haushaltsdefizit von 1,6% vorgesehen. Es werden aber weitere – über dieses Defizit hinausgehende - Zuflüsse aus dem Ausland erwartet, die als staatliche Rücklagen im Bankensystem angelegt werden sollen.

Die erheblich gestiegenen Einnahmen der mauretanischen Regierung im Rahmen des Fischereiabkommens mit der EU stellen zwar zunächst einen erfreulichen Aspekt für die Haushaltsbilanz des Landes dar. Mit den höheren Zahlungen werden im neuen Abkommen aber auch deutlich mehr EU-Fangschiffe zugelassen, womit sich die EU eine erhebliche Ausweitung der Fischereitätigkeit in der dortigen Region erhofft (Europäisches Parlament 2001).

Die Folge davon könnte ein noch drastischerer Rückgang der bereits stark dezimierten Fischbestände sein. Verlierer in diesem Kampf um Fischressourcen werden dabei die einheimischen Fischer - sowohl im industriellen als auch im nicht-industriellen Fischfang. Mauretanische Fischer sind jedoch nicht nur angesichts der sinkenden Fischressourcen, sondern auch bei der Verteilung von Kraftstoff benachteiligt. Offenbar wird dieser in erster Linie an ausländische Schiffe vergeben, so dass der einheimischen Flotte jährlich etwa 20 Millionen Dollar durch erzwungene Wartezeiten verloren gehen, in denen nicht gefischt werden kann. Außerdem müssen lokale Fischer erheblich höhere Preise für den Unterhalt ihrer Schiffe bezahlen als ausländische (vgl. Hansen 1998, Pearce 2001).

10.7 Fazit

Das mauretanische Poverty Reduction Strategy Paper fällt im Vergleich zu dem Strategiepapier aus Burkina Faso positiv durch seine Übersichtlichkeit und klare Strukturierung auf, die geplanten Maßnahmen werden verhältnismäßig konkret benannt.

Auffällig ist der starke Stellenwert der auf den Privatsektor gelegt wird. Der Hinweis auf erhoffte private Investitionen zieht sich durch alle Teile des Armutsstrategiepapiers. Es bleibt zu sehen, ob die Reaktion privater Akteure so positiv wie im PRSP erwartet ausfallen wird und ob von ihnen die erhofften hohen Wachstumswirkungen ausgehen werden. Das grundsätzliche Argument für die Betonung privatwirtschaftlicher Aktivitäten, Privatisierungen und des allgemeinen noch stärkeren Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen ist, dass in der Folge die Preise für Inputfaktoren sinken sollen.

Die Passagen des PRSPs zu den geplanten Privatisierungen im Infrastruktur- und Telekommunikationsbereich, in der Wasser-, Abwasser- und Treibstoffversorgung widersprechen sich im Hinblick auf die Entwicklung der Verbraucherpreise. Offensichtlich wird teilweise davon ausgegangen, dass die Preise steigen könnten, was vereinzelt über gezielte Subventionierungen für arme Bevölkerungsgruppen ausgefangen soll. Zum Teil ist offenbar der stärkere Rückgriff auf Benutzergebühren geplant.

Problematisch ist die auch im PRSP erwähnte weit gehende Unverbundenheit der Wachstumsstrategien im modernen Sektor mit dem Ziel die Teilhabe der armen Bevölkerung am Wachstumsprozess stärken zu wollen. Der Zusammenhang besteht dann maßgeblich nur über höheren Staatseinnahmen als Folge starken Wachstums in den modernen Sektoren, die für Fördermaßnahmen im Rahmen der Armutsbekämpfung ausgegeben werden können.

Momentan ist allerdings zweifelhaft, ob sich Wachstum und Staatseinnahmen mittelfristig wie erhofft einstellen werden. Kurzfristig ist unter anderem auf Grund der geplanten steuerpolitischen Interventionen und ungünstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen von fallenden öffentlichen Einnahmen auszugehen. Sollte sich das nicht ändern, ist zu befürchten, dass bereits jetzt manifeste Finanzierungslücken sich noch gravierender als erwartet erweisen könnten.

Trotz der Absichtserklärung, die Exportstruktur diversifizieren zu wollen, setzt das PSRP in seinen Aktivitäten zur Wachstumssteigerung auf die traditionell dynamischen Sektoren Fischerei und Bergbau (vor allem Eisenerz, und stärker als bisher Gold und Diamanten). Damit bleibt das mauretanische Wirtschaftswachstum auch weiterhin stark für exogene Schocks anfällig.

Vor allem vom geplanten Ausbau des Bergbaus sind nur minimale Beschäftigungsentwicklungen zu erwarten. Dieser Bereich sowohl wie der des Fischfangs sind darüber hinaus mit potenziell bedenklichen Umweltauswirkungen verknüpft. Es bleibt zu hoffen, dass die im Strategiepapier angesprochenen Regulierungsmaßnahmen ausreichend sein werden, um Fehlentwicklungen entgegensteuern zu können.

Von Standpunkt der Armutsbekämpfung aus muten außerdem die Vereinbarungen mit der EU bedenklich an. So muss gefragt werden, ob die Regierung nicht die Interessen ihrer eigenen Fischer für Divisen ausspielt. Vor diesem Hintergrund ist es fast zynisch, dass das Geld dann in Teilen wieder in die Armutsbekämpfung fließen soll.

10.8 Dokumente und Literatur zum Mauretanien-Kapitel

ADEA: Mauritania: Debt relief will facilitate implementation of the ambitious Ten-Year program for Education. Paris 2000

Europäisches Parlament: Stellungnahme des Haushaltsausschusses für den Ausschuss für Fischerei. November 2001

Hansen, Katja: Entwicklungshilfe für die Fischer des Nordens. Kleinfischer in Afrika sind die Verlierer der EU-Fischereiabkommen, in: epd-Entwicklungspolitik 20/21/98

IMF: Mauritania. Statistical Appendix. Washington D.C. Juni 2000

IMF: Mauritania: Enhanced Structural Adjustment Facility Medium Term Economic and Financial

IWF: Policy Framework Paper 1999-2002 . Washington D.C. 1999

IMF/IDA: Mauritania. Poverty Reduction Strategy Paper. Joint Staff Assessment. Washington D.C. Januar 2001

Letter of Intent of the Government of Mauritania. (LOI) Nouakchott, April 2001a

Letter of Intent. Oktober 2001b

Nouakchott Info : Le paysage politique national (IV) 2001, No. 285, Dezember 2001

Pearce, Fred: Fisheries caught in a cycle of destruction. WWF Global Network, July 2001

Povety Reduction Strategy Paper. Islamic Republic of Mauritania, Nouakchott, Dezember 2000

SPA: Country Satatus Report prepared for the December 2000 Meeting, Mauritania. 2000

World Bank: (PID) Mauritania-Mining sector capacity Building Project. Washington D.C., April 1999a

World Bank: (PID) Mauritania-Telecommunications and Postal Sectors Reform Project. Washington D.C. 1999b

World Bank: (PID) Mauritania-Fiscal Reforms Support Operation (FRSO). Washington D.C. 2000a

World Bank: (PID) Mauritania-Power-Water Sector Reform Project. Washington D.C., 2000b

World Bank (PID) Mauritania-Fiscal Reforms Support Operation Supplemental Credit. Washington D.C 2000c

World Bank: Mauritania at a glance. Washington D.C. Oktober 2001a

World Bank: Mauritania Consultative group Meeting. Dezember 2001b.